


Beschluss 7/2003	 Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 113. Mitgliederversammlung 20. bis 23. November 2003
„Globalisierung ja – aber anders!“	

Um der umfassenden Bedeutung des Themas „Globalisierung“ gerecht zu werden, regt die Mitgliederversammlung die Mitglieder und die Gremien der aej an, unter Heranziehung des vorliegenden Diskussionspapiers „Globalisierung ja – aber anders!“ kritisch zu diskutieren und sich zu positionieren.

Anlage

Diskussionspapier der Evangelischen Jugend in Bayern: „Globalisierung ja – aber anders!“

Globalisierung ja – aber anders!

Diskussionspapier der Evangelischen Jugend in Bayern

Zusammenfassung

Aufgrund ihres Glaubens hält es die Evangelische Jugend in Bayern für ihre Pflicht, sich mit den Fragen, die mit der globalen Integration angestoßen werden, zu befassen. In ihrem Diskussionspapier kritisiert die Evangelische Jugend in Bayern die gegenwärtige Form der wirtschaftlichen Globalisierung. Diese widerspricht grundsätzlichen Einsichten, wie Christinnen und Christen handeln sollen. Deshalb sieht sich die Evangelische Jugend in Bayern zu einer Stellungnahme verpflichtet. Die Neoliberale Globalisierung führt dazu, dass arme Menschen besonders in den Ländern der Dritten Welt, aber auch in Deutschland und anderen Industriestaaten stark benachteiligt werden. Arme werden ärmer und Reiche immer reicher.

Stattdessen fordert die Evangelische Jugend in Bayern eine andere Globalisierung. Diese soll nicht wie bisher dem Prinzip „Eigennutz“ folgen, sondern sich nach Solidarität und Gerechtigkeit richten. Globalisierung als die verstärkte Kommunikation zwischen Menschen auf der ganzen Welt muss auch allen Menschen nützen.

Aufbau des Diskussionspapiers

Das Papier folgt dem Analysemodell Sehen – Urteilen – Handeln.

Unter *A. Sehen* werden die wichtigsten Beobachtungen zur Lage der Welt zusammengetragen. Unter *B. Urteilen* nennen wir zunächst die Prinzipien unseres Urteilens, dann werden die Gründe für die Schere zwischen Armen und Reichen analysiert. Im dritten Schritt *C. Handeln* stellen wir schließlich Forderungen auf, wie eine andere Globalisierung erreicht werden kann.

A. Sehen: Globalisierung und ihre Auswirkungen

1. Die Schere zwischen arm und reich wird größer

Das Elend in vielen Teilen der Welt ist bedrückend. Die Not schreit zum Himmel.

Der Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen 2001 nennt folgende Zahlen. „Von 4,6 Milliarden Menschen in Entwicklungsländern

- erhalten 826 Millionen nicht genügend Nahrung für ein normales, gesundes und aktives Leben;
- sind mehr als 850 Millionen Analphabeten;
- hat fast eine Milliarde keinen Zugang zu gesundem Trinkwasser;
- haben 2,4 Milliarden keine sanitäre Grundversorgung;
- gehen fast 325 Millionen Kinder nicht in die Schule;
- sterben 11 Millionen Kinder unter fünf Jahren jährlich an vermeidbaren Ursachen;
- leben 1,2 Milliarden von weniger als 1 US-Dollar pro Tag.“¹
- Außerdem müssen auf der Welt über 210 Millionen Kinder zwischen 5 und 14 arbeiten. Das ist fast jedes fünfte Kind dieser Altersgruppeⁱⁱ

Trotz der Anstrengungen in den vergangenen 30 Jahren wurde die Ungleichheit zwischen Menschen nicht vermindert, sondern verstärkt: Die Reichen wurden reicher und die Armen

ärmer. Und dieser Prozess stellt sich für die beiden Geschlechter noch verschärfend dar: Mädchen und Frauen sind meist gegenüber Jungen und Männern doppelt benachteiligt.

Laut dem Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen hatten 1970 die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung 19mal soviel Kaufkraft wie die ärmsten zehn Prozent. 1997 betrug der Unterschied schon 27:1. Untersucht man die Veränderung nach dem Wert in US-Dollar stellt sich das Ungleichgewicht noch dramatischer da: 1970: 51:1.; 1997:128:1.ⁱⁱⁱ

Die weltweite Ungleichheit lässt sich zudem an den folgenden Zahlen illustrieren.^{iv} Die Daten sind nur schwer zu beschaffen und sind deswegen auf der Basis von 1993.

Die ärmsten zehn Prozent der Weltbevölkerung hatten lediglich 1,6 Prozent des Einkommens der reichsten zehn Prozent.

Die reichsten 1 Prozent der Menschen verdienten genauso viel wie die ärmsten 57 Prozent der Weltbevölkerung. Etwa 25 Prozent der Menschen erhielten 75 Prozent des weltweit erwirtschafteten Einkommens.

Die Unterschiede nehmen nicht nur international zu. Auch die innerstaatliche Ungleichheit wurde in den letzten Jahren deutlich stärker.

Dies gilt übrigens nicht nur für Entwicklungsländer. Auch in den reichsten Ländern hat Erde hat in den vergangenen Jahren die Ungleichheit zugenommen.^v Auch hier muss man sagen: Die Schere zwischen Reichen und Armen wird größer.

Bundespräsident Johannes Rau führt in seiner Berliner Rede vom 14. Mai 2002 ein Beispiel aus der führenden Industrienation an: In den USA verdiente 1970 ein Manager im Durchschnitt 26 Mal so viel wie ein Industriearbeiter. 1999 waren es 475 Mal so viel.

2. Das Armutsrisiko in Deutschland wächst

Der Befund in der Bundesrepublik Deutschland ist zwar noch nicht so frappierend wie in vielen anderen Teilen der Welt, aber auch bei uns gibt es eine wachsende Ungleichheit. Das Armutsrisiko steigt stetig.

In den vergangenen zwanzig Jahren stieg die Anzahl der Empfänger laufender Hilfen zum Lebensunterhalt (in den alten Ländern) um durchschnittlich 12 Prozent^{vi}.

Dabei trifft es Kinder besonders. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt 2001 fest: „Unter den Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt waren Kinder unter 18 Jahren mit rd. 1,1 Millionen die größte Gruppe. Die Sozialhilfequote von Kindern unter 18 Jahren war mit 6,8% fast doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt und hat sich seit 1982 im früheren Bundesgebiet mehr als verdreifacht.“^{vii}

Auf der anderen Seite nehmen aber auch die Superreichen zu. Der German Wealth Report der Unternehmensberater Cap Gemini Ernst&Young bietet dafür Zahlen. Danach konzentrieren sich 25,7 % des gesamten deutschen Privatvermögens auf lediglich 365 000 oder 0,5 % aller Personen in Deutschland. Darunter verfügen allein 3700 Personen über 7,9 % allen Privatvermögens. Die Zahl dieser Euro-Millionäre hat sich zwischen 1993 und 1996 um durchschnittlich 5,3% pro Jahr erhöht.^{viii}

3. Die Verbindungen in der Gesellschaft werden schwächer

„Die Gesellschaft löst sich auf“ – so das Resümee eines Beitrags zu den Ursachen von Gewaltakzeptanz und Rechtsextremismus vor einiger Zeit. Traditionelle Milieus, familiäre wZusammenhalte, soziale und politische Organisationen, die Kindern und Jugendlichen wichtige Identitätsangebote machen, Orientierung geben, sie in Krisen auffangen können, lösen sich auf. Die Ursachen: soziale und geographische Mobilität, zeitliche Flexibilität, zunehmender Arbeitsdruck bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzverlust-Ängsten, Doppelverdienertum – vor allem, um das materielle Auskommen abzusichern.

„Ich kenne keine Gesellschaft“ lautete das Glaubensbekenntnis vom Margret Thatcher, die ab 1979 in Großbritannien eine neue Wirtschaftskonzeption einleitete. Sie sprach damit einen Satz aus, der sich selbst erfüllen sollte.

Bundespräsident Johannes Rau sagte in seiner Berliner Rede vom 14. Mai 2002:

„Die Menschen stellen fest: Die immer wieder geforderte permanente Mobilität hat konkrete Auswirkungen für die Familien, für den Freundeskreis oder den Verein. Wenn beide Ehepartner berufstätig sind und beide flexibel und mobil sein sollen, dann stehen sie vor der Frage, ob einer von ihnen den Beruf aufgeben muss oder ob die Wochenend-Ehe zum Normalfall werden soll. Unser Grundgesetz schützt Ehe und Familie besonders. Dennoch scheitern Pläne und Beziehungen an Rahmenbedingungen, die besonders Müttern immer wieder ein schlechtes Gewissen machen, weil sie keine gute Betreuung für ihre Kinder finden.“

Menschen sind nicht so mobil und nicht so bindungslos wie Kapital, und sie werden und sie wollen es auch nie sein. Wir brauchen Heimat und Bodenhaftung. Wir brauchen familiäre Bindungen, Freunde, Bekannte, ein starkes soziales Netz. Menschen brauchen Wärme und sie brauchen Geborgenheit. Wer das für altmodisch hält, der täuscht sich.“

Entsolidarisierung hat viele Gesichter. Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme macht Gesundheit, Pflege, Rente zur Ware, verschärft die Ungleichheit zwischen den Menschen. Wer viel hat – bekommt mehr. Solche Werte werden „gelebt“ und übertragen sich in alle Lebensbereiche.

4. Die Welt wird schneller

Die Beseitigung von Handelshemmnissen ist verbunden mit einer technischen Revolution. Das Internet macht die Kommunikation schneller und kostengünstiger. Viele Produkte werden immer kleiner und können leichter transportiert werden.

Baupläne können am Feierabend in ein Land geschickt und dort weiter bearbeitet werden, wo gerade der Morgen beginnt.

Reisekosten deutscher Angestellter werden im Niedriglohnland Indien bearbeitet, wofür jede Fahrkarte, jede Quittung digital dorthin geschickt wird.

Die Lautsprecheransagen auf Bahnhöfen können von jedem Punkt der Erde aus live erfolgen.

Unterstützt durch die weltweite Durchsetzung der englischen Sprache wachsen einst klar getrennte Kontinente mit je eigenen, durch Geschichte und Kultur gewachsenen, Wirtschaftskonzeptionen zu einem einzigen Wirtschaftsraum zusammen. In diesem hat ein unregelmäßiges, auf Effizienz getrimmtes –amerikanisches- System kurzfristig klare Vorteile gegenüber geregelten Systemen, die durch ihre Gesetze die Akteure zur Rücksicht auf soziale, kulturelle und ökologische Belange zwingen. Solche Rücksicht wirkte in der Vergangenheit verlangsamernd und erleichterte die Anpassung an Neuerungen.

Wir sehen, dass in unserem Zeitalter der kaum gebremsten Beschleunigung die Halbwertszeit des relevanten Wissens rapide verfällt. Damit geht eine Enteignung von, in langen Jahren erworbenen Qualifikationen einher. Immer Jüngere gelten für das Erwerbsleben als „zu alt“, weil sie sich schwer an immer kürzeren Innovationsintervallen anpassen.

Die Lebensdauer der Produkte verringert sich und verschärft die ökologischen Probleme. Sie bewirkt eine weitere Spaltung der Gesellschaft: Konsumenten der neuesten und modernsten Güter und solche, die diesem Konsum nur zusehen können.

5. Die ökologische Lage der Welt hat sich verschlechtert

1992 trafen sich in Rio de Janeiro Staats- und Regierungschefs, um gemeinsam Ziele für die Entwicklung der Welt festzulegen. Die Vision einer „nachhaltigen Entwicklung“ sollte auf alle Politikbereiche angewandt werden. Die Ergebnisse sind ernüchternd. In wenigen der in Rio diskutierten Bereiche wurden Fortschritte erzielt. Im Gegenteil: die Lage der Welt hat sich verschlechtert. Und das ist auch eine Folge der ökonomischen Verhältnisse: die Verschwendung in den reichen Ländern gefährdet ebenso die Schöpfung und Umwelt wie der reine Existenzkampf der Menschen in den armen Ländern kaum die natürlichen Ressourcen schonen lassen

Hier nur wenige Beispiele:

Der Erderwärmung nimmt zu. Seit 1979 haben sich die unteren acht Kilometer der Erdatmosphäre um 0,1 Prozent pro Jahrzehnt erwärmt. Selbst das US-Amerikanische National Research Council geht davon aus, dass sich die Erde in diesem Jahrhundert zwischen 1,4 bis zu 5,8 Grad Celsius erwärmen wird.^{ix} Der Meeresspiegel steigt weiter an und die Intensität von Stürmen nimmt zu.

In den letzten 25 Jahren hat sich die weltweite Artenvielfalt weiter verringert. Schätzungen gehen davon aus, dass ein Viertel der Tier- und Pflanzenarten ausgestorben ist. Dieser Trend scheint sich fortzusetzen.

Es gibt immer weniger Wälder auf der Erde. Jedes Jahr wird tropischer Regenwald von der Größe Großbritanniens zerstört. Die Gründe reichen von Holzgewinnung bis zur Suche nach neuem Lebensraum für Menschen.

B. Urteilen aus christlicher Perspektive

1. Prinzipien des Urteilens

Die Probleme, die durch die wirtschaftliche Globalisierung entstanden oder zumindest nicht gelöst wurden, fordern uns heraus. Bevor wir aber unsere Ideen formulieren und Forderungen aufstellen können, müssen wir klären, nach welchen Prinzipien wir urteilen. Wir stützen uns bei der Formulierung besonders auf Gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997.

a) Liebe zu Gott und den Menschen

Es ist die Erfahrung der Menschen in der Bibel, dass Gott sie nicht alleine lässt und hilft. Er rettet das Volk Israel aus der Gefangenschaft in Ägypten (2Mose 1-15) und wendet sich mit den Propheten den Ärmsten der Gesellschaft zu (z.B. Amos 5). Mit Jesus Christus wendet sich Gott der ganzen Menschheit zu. Wegen Jesu Tod und Auferstehung hoffen wir, dass der Tod endgültig überwunden ist und die Feindschaft zwischen den Menschen und zwischen Mensch und Gott aufhört.

Die Konsequenz aus Gottes Zuwendung zu uns wird von Jesus mit dem Doppelgebot der Liebe zusammengefasst: Wir sollen Gott von ganzem Herzen lieben und unseren Nächsten wie uns selbst.

Von diesem Doppelgebot der Liebe aus, versteht sich christliche Ethik. Die folgenden Prinzipien konkretisieren, wie das Doppelgebot der Liebe in gesellschaftlichen Situationen gelebt werden kann.

b) Option für die Armen

Ob Nächstenliebe praktiziert wird, sieht man am Umgang mit den Ärmsten und Schwächsten. Wer den Starken Gutes tut, kann auf unmittelbare Gegenleistungen hoffen. Beim Umgang mit den Schwachen fällt dieses Motiv weg.

Die Option für Armen besagt: Jede Handlung ist daran zu überprüfen, ob sie den Ärmsten nützt. Sie ist damit das Leitkriterium, um politische und gesellschaftliche Entscheidungen zu bewerten. Die Evangelische Jugend in Bayern ist dabei besonders Anwältin für Kinder und Jugendliche – oft die Schwächsten der Schwachen.

c) Gerechtigkeit

Wir verstehen hier unter Gerechtigkeit insbesondere soziale Gerechtigkeit. Sie besagt: Angesichts unterschiedlicher Ausgangsbedingungen ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, bestehende Diskriminierungen aufgrund von Ungleichheiten abzubauen und allen Gliedern der Weltgesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen.^x Die Frage der Gerechtigkeit umfasst auch die spezifische Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Die Konsequenzen lassen sich noch konkreter fassen:
Unbedingte Einhaltung der Menschenrechte
Echte politische Beteiligungsrechte
Zugang zu Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten
Menschenwürdiges Leben
Effektive Mitarbeit am Gemeinwohl
Faires Bildungssystem, das niemanden benachteiligt.
Freier und unzensurierter Zugang zu Informationen.

d) Solidarität und Subsidiarität

In einer gerechten Gesellschaft ergänzen sich die beiden Prinzipien. **Solidarität** (Zusammengehörigkeit) sieht jede Person als einen Gemeinschaftsmenschen, der sich für die anderen und für die anderen und die Gemeinschaft einsetzen soll. Das Prinzip der **Subsidiarität** (Unterstützung) dagegen betont: Was aus Eigeninitiative geschehen kann,

soll auch aus Eigeninitiative geschehen. Dabei geht es um die Einmaligkeit der Person oder einer einzelnen Gruppe, die bewahrt werden muss.

- *Solidarität: Wenn Menschen entdecken, dass sie trotz Unterschiede ein „wir“ bilden, entsteht solidarisches Handeln. Reiche sehen ein, dass sie von ihrem Reichtum abgeben müssen. Der Eigenvorteil ist nicht mehr das vorherrschende Prinzip. Heute brauchen wir eine globale Solidarität, die versteht, dass wir alle Menschen sind, die dasselbe Recht auf Leben haben. Die Güter der Schöpfung sind für alle bestimmt.*

Subsidiarität: Dieses Prinzip verhindert die Gleichmacherei. Staaten und die internationale Gemeinschaft sollen einzelne Gemeinschaften und Kulturen unterstützen, sie mit dieser Hilfe aber nicht entmündigen. Die Unterstützung der Eigeninitiative steht an erster Stelle.

Solidarität wird heute in der Gesellschaft zunehmend weniger gelebt; wir erkennen, dass der Subsidiaritätsbegriff im Zuge der europäischen Integration eine Umdeutung erfährt.

e) Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist Solidarität über die jetzt lebende Generation hinaus. Wir verstehen die Menschen dabei als Mitgeschöpfe in der Schöpfung Gottes. Diese darf nicht zerstört werden, sondern muss wegen ihres Eigenrechts, aber auch zum Wohl der kommenden Generationen erhalten werden. Es darf immer nur soviel verbraucht werden, wie auch wieder nachwachsen oder nachproduziert werden kann.

f) Demokratie

Die Freiheit der Menschen und die obgenannten Prinzipien dürfen nicht nur im Privaten Bedeutung haben. Gerade im öffentlichen und auch globalen Raum muss ihnen Geltung verschafft werden. Dazu ist die Frage der Macht zu klären: Wer hat das Recht, Entscheidungen vielleicht auch gegen den Widerstand einzusetzen. Wir sind überzeugt, dass Macht auf demokratischem Weg legitimiert und kontrolliert werden muss. Es ist deshalb notwendig, auch global die Mitbestimmung aller möglich zu machen.

2. Urteilen: Die gegenwärtige neoliberale Globalisierung ist ungerecht

Globalisierung ist eine Tatsache. Wir verstehen unter Globalisierung den Prozess des sich verstärkenden Austausches zwischen den Kulturen und Gesellschaften der Welt. Dieser Prozess ist nicht neu. In den vergangenen Jahren hat er sich stark beschleunigt in Form der wirtschaftlichen Globalisierung.

Der Grund dafür sind vor allem die folgenden Faktoren:

Freier Fluss von Kapital über Ländergrenzen hinweg

Weniger Zollschränken im Warenaustausch

Nutzung der Computertechnologie für die Kommunikation, z.B. Internet

Dieser Prozess ist keineswegs neutral. Von ihm profitieren nicht alle Menschen. Das Gegenteil ist der Fall. Wie wir unter „Sehen“ gezeigt haben, vergrößern sich die Unterschiede zwischen den Menschen: Die Reichen werden reicher und die Armen bleiben arm oder werden sogar noch ärmer.

a) Die Ideologie der neoliberalen Globalisierung

Der Grund dafür ist, dass der Prozess der Globalisierung einer ganz bestimmten Philosophie folgt: dem *Neoliberalismus*. Die Grundüberzeugung des Neoliberalismus ist, dass der *Markt* das einzige Instrument ist mit dem der Wohlstand möglichst vieler Menschen gesichert werden kann. Der freie Austausch von Gütern, Kapital und Arbeitskraft stellt nach Überzeugung der Neoliberalen sicher, dass diese Ressourcen so effizient wie möglich genutzt werden. Jeder Mensch kann sich mit den eigenen Kompetenzen dem Markt stellen und - je nachdem wie gut sie oder er wirtschaftet – am ständig wachsenden Wohlstand teilhaben. Dieses Glücksversprechen könne aber nicht eingehalten werden, wenn der Markt insbesondere von staatlichen Akteuren

eingeschränkt wird. Deshalb stellen die Neoliberalen die folgenden Forderungen und haben sie bereits an vielen Stellen durchgesetzt:

- *Deregulierung*: Staatliche Regeln und Gesetze wie zum Beispiel Umweltvorschriften und Arbeitsschutzrechte werden abgeschafft, Steuern gesenkt.
- *Privatisierung*: Der Staat soll keine eigene Wirtschaftstätigkeit entfalten. Wirtschaftsbereiche, die bisher vom Staat abgesichert werden wie zum Beispiel die Versorgung mit Wasser oder Bildung, sollen von der gewinnorientierten Privatwirtschaft übernommen werden.
- *Liberalisierung*: Alle Schranken für den freien Austausch von Waren (z.B. Zölle) und Kapital sollen aufgelöst werden.

b) Kurze Geschichte des Neoliberalismus

Nach dem 2. Weltkrieg galt weltweit die Hoffnung als gescheitert, dass durch eine „liberale“ Wirtschaftspolitik, wie vom englischen Nationalökonom Adam Smith vorgeschlagen, der Wohlstand aller Völker gemehrt werden könne. Das Credo von Smith: Rückzug des Staats aus der Wirtschaft, Glaube an eine „unsichtbare Hand“, die auf allen Märkten (Waren-, Finanz-, Arbeitsmärkten ...) Gerechtigkeit und ein Maximum an Wohlstand für alle gewährleisten werde.

Kanzler Brüning hatte noch 1932 auf dieses „Konzept“ gesetzt und nicht nur auf staatliche Eingriffe verzichtet, sondern eine vermeintlich marktverzerrende Politik zurückgefahren: die Beamtengehälter und die Sozialausgaben wurden gekürzt. Doch das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage stellte sich nicht ein, die Arbeitslosigkeit wuchs. Von der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Nachfolger Brünings (die Regierungen von Papen und Schleicher kurbelten die Wirtschaft durch Zuschüsse bei Neueinstellungen und Vergabe von öffentlichen Aufträgen an) profitierte das demokratische System jedoch nicht mehr.

Ende Juli 1944 trafen sich in Bretton Woods Delegierte aus 44 Nationen um über eine stabile Weltwirtschaftsordnung zu verhandeln. Unter der Leitung des britischen Ökonomen John Maynard Keynes erkannten sie die unkontrollierten Kapitalströme als eine der zentralen Ursachen der vorangegangenen Weltwirtschaftskrise. Nicht Rückzug des Staates und „Freiheit“ der Kapitalmärkte, sondern staatliche Kontrolle und Regulierung des Kapitalverkehrs und die Fixierung der Wechselkurse im Verhältnis zum Dollar waren nun die Grundlagen eines 25 Jahre bestehenden stabilen Währungssystems, welches einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichte.

Aus Keynes umfassender Theorie seien zwei Punkte herausgegriffen:

„In the long run we are all dead“ – war eine der zentralen Einsichten die Keynes gegen die liberale Wirtschaftskonzeption von Adam Smith vorbrachte: Es nützt nichts, wenn irgendwann aufgrund einer Laissez-faire-Politik Vollbeschäftigung eintritt (oder eintreten würde), wenn die Zeiträume bis dahin sozial unverträglich und viel zu lange sind. Sein Konzept: Ein starker Staat soll in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs mit seinem großen staatlichen Sektor (Infrastrukturpolitik als Daseinsvorsorge inklusive den Bereichen Post, Bahn, Energie, Wasser, Bildung ...) gegensteuern, soll in schlechten Zeiten investieren um so Konsum und Investitionen anzukurbeln. Ein weiterer wichtiger Punkt von Keynes: Man sollte alles internationalisieren mit einer Ausnahme: dem Geld. Wenn Geld nicht nur Zahlungsmittel ist, sondern auch Spekulationsobjekt, das sich aus sich selbst heraus vermehren kann, dann verfehlt es seinen ursprünglichen Zweck der Vereinfachung des Tauschs und der Ermöglichung von kreditfinanzierten Investitionen. Spekulationsblasen können die Stabilität der Geldmärkte gefährden. Daher beschloss man in Bretton Woods, die Wechselkurse aller beteiligten Währungen in einem festen Verhältnis zum US-Dollar zu fixieren.

Daher folgte man Keynes neuer wirtschaftspolitischer Konzeption in allen Ländern der westlichen Welt. Die Wirtschaftsverfassungen wurden als „New Deal“ Präsident Roosevelts in den USA ebenso verankert wie in Deutschland als „Ordoliberalismus“ Ludwig Erhards.

Doch die gemeinsame Geldpolitik zerbrach Anfang der siebziger Jahre als die USA die Notenpresse ankurbelten um die Kosten des Vietnamkriegs auszugleichen und nicht mehr bereit waren, ihre Geldpolitik in den Dienst einer internationalen stabilen Weltordnung zu stellen.

Seitdem sind die börsentäglichen Transaktionen von damals 20 bis 30 Mrd. US-Dollar auf heute 2 Billionen angestiegen. Und nur noch etwa 2% (Quelle: Bernhard Lietaer, Brief an die Kirchen in Westeuropa S. 2, Publik

Forum Spezial zu Globalisierung S. 3, siehe dazu auch Anmerkungen auf S. 12 Zeile 39. ... gehört zu 90 Prozent der Umsätze) sind durch den Handel mit Waren oder Dienstleistungen gedeckt. Der Rest ist –mehr oder weniger- eine gigantische Lotterie. Mit enormen Gewinnen. Und noch größeren Verlusten.

Mitte der siebziger Jahre geriet das Konzept von Keynes in eine Krise: Die anwachsende Arbeitslosigkeit lies sich nicht mit der Theorie von John Maynard Keynes erklären. Doch statt einer Weiterentwicklung von Keynes „nachfrageorientierter“ Politik, die sich vor allem auf den Konsum der Privathaushalte konzentriert, setzte man auf einen Systemwechsel: Eine „angebotsorientierte“ Politik, die glaubt, dass sich jedes Angebot seine Nachfrage selbst schafft und sich daher darauf verlegt, die Bedingungen für die Unternehmen zu „verbessern“.

1979 gewinnt Margret Thatcher die Wahlen in Großbritannien und trägt ihren Ministern auf, ihre Ressorts nach dem privatwirtschaftlichen Vorbild zu leiten. Sie hatten Einsparungsmöglichkeiten auszuleuchten und Controlling-Instrumente einzuführen. Sie mussten sich der Instrumente privater Unternehmen bedienen und über ihre Erfolge berichten. Es wurde Aufgabenkritik sowie „mehr und besseres Management“ eingeführt. Den Staatsdienern wurden ökonomisches Wissen und Können sowie volkswirtschaftliche Kenntnisse beigebracht. Es wurde privatisiert und verkauft.

In der Bundesrepublik folgte man der „neuen“ Linie seit der Liberalisierung des Medienmarktes, also der Zulassung von Privatsendern, Mitte der achtziger Jahre. Die Privatisierung von Bahn und Post folgten. Deregulierungsforderungen, etwa zum Ladenschluss, zur Sonntagsarbeit und zu vielen anderen sozialen, ökologischen und baulichen Vorschriften gelten in deren Folge als „modern“, als neues wesentliches Grundmuster, als Paradigma entlang dem – partei-übergreifend - auf alle Fragen unserer Zeit reagiert wird.

c) Die Fehler des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist das *falsche Modell* für die Entwicklung der Menschheit, er ist das falsche Modell für eine gerechte Globalisierung. Jeder Wettbewerb lebt von den gleichen Ausgangsbedingungen. Hundert-Meter-Läufer starten alle am selben Punkt. Bei der globalen Wirtschaft sind die Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich:

- Mehr *Kapital* bringt bessere Chancen sich auf dem Markt zu positionieren. Der gewinnträchtige Kapitalmarkt steht logischerweise überhaupt nur denjenigen offen, die ausreichend Kapital besitzen. Menschen ohne Kapital haben keine Chance beim Wettbewerb des Neoliberalismus.
- Bessere *Ausbildung* bringt bessere Chancen. Eine gut ausgebildete Gesellschaft ist mehr und mehr die Voraussetzung um konkurrenzfähige Produkte anbieten zu können. Staaten mit mehr als 40 Prozent Analphabeten haben hier keine Chance.
- Besserer Zugang zu *Informationen* bringt bessere Chancen. Der schnelle Zugang zu Informationen (wie zum Beispiel durch das Internet) lässt jeden Wettbewerb gewinnen. Länder, die nicht einmal ein funktionierendes Telefonsystem haben, sind hier klar im Nachteil.
- Dabei ist auch das Menschenbild des Neoliberalismus sehr problematisch. Menschen werden als reine Einzelwesen gesehen, die in jeder Situation nur auf den eigenen Vorteil und die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse bedacht sind. Kooperationen werden nur dann eingegangen, wenn sie dem einzelnen nützen.
- Der Neoliberalismus ist ein Konzept von Gewinnern für Gewinner. Das Schicksal derjenigen, die es nicht so gut getroffen haben, wird einfach ausgeblendet. *The winner takes it all*. Verlierer passen einfach nicht ins Bild.

d) Vision für eine andere Globalisierung

Wir treten für eine Welt ein, in der die Wirtschaft allen Menschen nützt. Macht muss dort sein, wo sie hingehört: In den Händen aller Menschen. Wirtschaft und Staat müssen von der Zivilgesellschaft kontrolliert werden. Den Staaten kommt die wichtige Aufgabe zu,

zwischen dem wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft und den individuellen Notlagen der Menschen auszugleichen. Dies muss jetzt auch auf globaler Ebene geschehen.

Diese andere Globalisierung stellt den Menschen in den Vordergrund. Wir zeigen fünf Wege auf, wie wir dieser Vision näher kommen können.

C. Handeln für eine andere Globalisierung: Fünf Aufgaben

1. Die Grundrechte erweitern: Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung

„Armut rührt eher von einem Mangel an Macht als von einem Mangel an Geld. Mehr Rechte für die Armen ist die Voraussetzung für die Beseitigung der Armut“^{xi}

- Es braucht allgemein anerkannte Gemeinschaftsrechte zur Kontrolle von Land, Wasser und Saatgut für bäuerliche Gemeinschaften. Völker und Dörfer, die von Landwirtschaft abhängen müssen selbst die Kontrolle über ihre Lebensgrundlagen haben.

So kann eine Firma ein Patent auf das Erbgut eines bestimmten Saatguts beantragen. Die Bauern, deren Familien schon seit Jahrhunderten diese Fruchtart anbauen, müssen der Firma Lizenzgebühren bezahlen.

- Zur Sicherung dieser Gemeinschaftsrechte braucht es eine *internationale Konvention*. Dies würde Vorhaben der Welthandelsorganisation (WTO) wie die Privatisierung der Wasserversorgung oder Patente auf bestimmtes Saatgut unmöglich machen.
- Es müssen allgemeine und internationale *Informationsrechte* eingeführt werden. Behörden müssen umwelt- und gesundheitsbezogene Informationen auf Anfrage von Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen. Ein Vorbild ist dafür die europäische Konvention von Århus.

Das Übereinkommen von Århus regelt den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung in an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.

- Mit einer solchen Konvention könnten auch grenzüberschreitend folgenden Prinzipien Geltung verschafft werden: Dem Vorbeugungs-, Vorsorge und Verursacherprinzip.

2. Ein internationales Finanzsystem schaffen, das allen nützt

Das Internationale Finanzsystem wird von den reichen Staaten der Erde dominiert. Diese setzen ihre Interessen auf Kosten der armen Länder durch. Die Institutionen und die Art des Handelns muss radikal reformiert werden.

- Die *Schulden* der ärmsten Länder der Welt müssen erlassen werden. Das ist die unbedingte Voraussetzung für einen Neuanfang in staatlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit.
- Die internationalen Finanzinstrumente haben sich weitgehend vom Warenaustausch abgekoppelt. Etwa 98 Prozent der Umsätze auf den internationalen Finanzmärkten sind reine Spekulationsgeschäfte, die in keiner Verbindung zu einer realen Ware stehen. Dies führt sehr leicht zu Währungsturbulenzen, die Arbeitsplätze und die Sozialversorgung von Menschen zerstören. Dies kann bis zum Zusammenbruch von ganzen Volkswirtschaften führen (z.B. Südostasien, Argentinien, Russland). Deswegen muss das „heiße“ Geld abgekühlt werden. Es braucht eine *Steuer auf Währungsspekulationen* (z.B. sog. Tobin Steuer).
- Es müssen *Nutzungsentgelte für globale Gemeinschaftsgüter* eingeführt werden. Das würde bedeuten, dass bei der Benutzung und damit einhergehender Verschmutzung

des Luftraums oder der Weltmeere Gebühren bezahlt werden müssen. Dies könnte zur Finanzierung von globalen Gemeinschaftsaufgaben beitragen.

- Die *internationalen Finanzorganisationen* wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank müssen entweder nach demokratischen Gesichtspunkten radikal reformiert oder ganz ersetzt werden.
- Weltweit gibt es etwa 60 *Off-Shore-Zentren* (Steuerparadiese), wie etwa Liechtenstein oder Luxemburg. Alle wichtigen deutschen Banken unterhalten dort Zweigstellen. In den Off-Shore-Zentren werden bankenaufsichtsrechtliche Standards nicht eingehalten: Für Privatpersonen, Unternehmen oder Banken sind Geschäftspraktiken möglich, die in ihren Heimatländern verboten sind. Allein der deutsche Fiskus verliert – nach vorsichtigen Schätzungen - etwa 30 Mrd. jährlich. Durch Off-Shore-Zentren wird der internationale Steuerwettbewerb verschärft: So werden Staaten gezwungen, ihre Steuern zu senken, damit große Unternehmen im Land bleiben („race to the bottom“). Außerdem kann illegales Geld leichter gewaschen werden. Off-Shore-Zentren sind international zu ächten.
- Die Geschäfte von Tochterunternehmen in Off-Shore-Zentren sind immer in den Bilanzen der Konzern-Mütter auszuweisen. und so der üblichen Aufsicht zu unterstellen. Den Aufsichtsbehörden der Mutterländer muss die Möglichkeit eröffnet werden, den Betrieb von Off-Shore-Töchtern zu untersagen.

3. Den Konzernen Macht nehmen und sie den Menschen geben

Die wirtschaftliche Globalisierung dient am meisten den multinationalen Konzernen. Sie profitieren von der internationalen Arbeitsteilung. So werden die Einzelteile eines Produkts oder auch einer Dienstleistung dort hergestellt, wo die Arbeitskosten am niedrigsten sind oder die Umweltstandards am schlechtesten entwickelt. Die Konzerne versteuern ihre Gewinne in den Ländern, die die niedrigsten Steuern erheben. Es gibt im Augenblick so gut wie keine Mechanismen, wie diese Konzerne kontrolliert werden können – kein Einzelstaat kann diese Aufgabe übernehmen. Im Augenblick sind die Konzerne nur ihren Aktionären verantwortlich. Deswegen muss die Rechenschaftspflicht der Konzerne erweitert werden.

- Es braucht eine internationale Konvention über die *Rechenschaftspflicht von Unternehmen*. Nicht nur die Aktionäre haben ein Recht auf genaue Informationen, sondern die ganze Weltgesellschaft. Diese Konvention sollte folgende Vorschriften enthalten^{xii}:
 - Berichtspflicht über *mögliche Risiken* der Maßnahmen des Unternehmens für Arbeitnehmer oder die Umwelt.
 - Nicht-Einhaltung von Arbeits- oder Umweltstandards wird *geahndet*.
 - Die *Haftpflicht* muss nach dem Vorbeuge-, Vorsorge- und Verursacherprinzip gestaltet sein.
 - Im Rahmen dieser Konvention braucht es eine *internationale Behörde*, die Informationen aus verschiedenen Teilen der Welt zusammenfügen kann.
- Die *Macht der Staaten* gegenüber multinationalen Konzernen muss wieder gestärkt werden. Nur Staaten können Gerechtigkeit herstellen und die Armen am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben lassen. Nur sie können auch nachhaltig sowohl die Geschlechtergerechtigkeit (von Frauen und Männern) wie die Generationengerechtigkeit (junge und ältere Menschen bis hin zu noch ungeborenen Generationen) verfolgen.

4. Den Welthandel zu einem fairen Austausch von Gütern machen

Fairer statt freier Handel. Die starken Ungleichgewichte im internationalen Handel müssen ausgeglichen werden. Die jetzt armen Länder müssen einen fairen Anteil bekommen. Deswegen braucht es Abkommen über fairen Handel zwischen Ländern des Nordens und des Südens.

1993 profitierten die Europäische Union von 34,7 Prozent des Welthandels, die USA von 15,7 Prozent und der Rest der Welt von 49,6 Prozent. 1999 lief 38 Prozent des Welthandels zugunsten der EU, 17,7 Prozent zugunsten der USA und nur noch 44,3 Prozent blieben für den Rest der Welt.^{xiii}

- Dafür muss die *Welthandelsorganisation* (World Trade Organisation WTO) radikal umgebaut werden. Umweltverträge und die sozialen Rechte der Menschen müssen Vorrang vor Handelsrechten haben.
- Die Welthandelsorganisation muss *demokratisch reformiert* werden. Die Verhandlungen müssen öffentlich stattfinden. Die Beteiligung von Nicht-Regierungsorganisationen muss ermöglicht werden. Die echte Mitbestimmung von armen Staaten ist zu sichern.
- Bevor die Mitgliedsstaaten der WTO neue Handelsabkommen beschließen, muss zunächst eine Bilanz über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der Entscheidungen der letzten Jahre erstellt und öffentlich diskutiert werden.
- *Agrarsubventionen* müssen so gestaltet werden, dass sie kein Handelshemmnis für die Entwicklungsländer darstellen.

5. Eine neue Welt träumen

Unsere Aufgabe als Evangelische Jugend in Bayern besteht darin, die Vision einer anderen Globalisierung zu entwickeln. Als Christinnen und Christen stellen wir uns einer Wirtschaft entgegen, die viel zu oft menschenverachtende Ergebnisse bewirkt. Wir stellen uns auf die Seite derer, die nicht zu den Gewinnern gehören. Wir sind solidarisch mit den Kindern und Jugendlichen überall auf der Welt, die zu den Verlierern des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems gehören. Gottes gute Schöpfung ist für alle Menschen da. Deswegen werden wir uns weiterhin folgenden Aufgaben stellen:

Wir erinnern uns an *Gottes Ideen*, wie sie in der Bibel als Leben schaffend und Leben erhaltend beschrieben sind.

Wir sind jetzt schon dabei, mit konkreten *Projekten* mit Partnerinnen und Partnern in den Entwicklungsländern Ungerechtigkeiten ein wenig auszugleichen. Außerdem engagieren wir uns bei:

- Die Kampagne „erlassjahr.de“ für eine faire Entschuldung der Länder der Dritten Welt,
- der „clean clothes campaign“ gegen Textilsklaverei (v. a. Kinderarbeit),
- der Kampagne gegen Kinderprostitution und gegen Sextourismus (ECPAT) und als ein Teilhaber bei EDCS
- in Aktionsgruppen, Eine-Welt/Dritte-Welt-Läden für fairen Handel.
- Wir demonstrieren gegen Ungerechtigkeiten und für eine neue Weltwirtschaftsordnung.
- Wir suchen den Austausch von Menschen aus anderen Kulturen über Jugendbegegnungen.
- Wir verstärken die *Mitarbeit in ökumenischen Organisationen*, den örtlichen, landes- und bundesweiten Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen, dem Lutherischen Weltbund und dem Ökumenischen Rat der Kirchen.

- Wir suchen das Gespräch mit jungen Menschen aus *anderen Glaubenstraditionen* wie zum Beispiel dem Islam und dem Judentum.
- Wir begleiten den europäischen Integrationsprozess kritisch und konstruktiv.

**Wir leben den Traum einer Welt, in der sich Wert nicht in Dollar bemessen lässt.
Jeder Mensch ist wertvoll – egal wo er oder sie lebt.**

Literatur und Quellen

Friends of the Earth International (FOEI). 2002. Towards binding corporate accountability (<http://www.foei.org/publications/corporates/accountpr.html>).

Heinrich Böll Stiftung. 2002. Das Jo'burg Memo. Ökologie – die neue Farbe der Gerechtigkeit. Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Intergovernmental Panel on Climatic Change. 2001. Climate Change 2001. The Scientific Basis. (<http://www.ipcc.ch/>)

International Labour Office (ILO). 2002. Every child counts. New global estimates on child labour. Geneva.

Merill Lynch/Cap Gemini Ernst&Young. 2001. German Wealth Report.

United Nations Development Programme (UNDP). 2001. Human Development Report 2001. Making Technology Work for Human Development.

World Council of Churches (WCC). 2002. Economic Globalisation: A critical view and an Alternative Vision. Geneva.

Zimmermann, Gunter E. 2001². Art. Armut. In: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.). Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands.

Bundesregierung. 2001. Lebenslagen in Deutschland: Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Fußnoten im Text:

ⁱ UNDP 2001:9.

ⁱⁱ ILO 2002: 6.

ⁱⁱⁱ UNDP 2001:20.

^{iv} UNDP 2001:19.

^v UNDP 2001:19

^{vi} Zimmermann 2001: 51.

^{vii} Bundesregierung 2001: XXII.

^{viii} Merill Lynch/Cap Gemini Ernst&Young 2001: 4.

^{ix} Intergovernmental Panel, 4.

^x Sozialwort der Kirchen, 1997, 46.

^{xi} Heinrich Böll Stiftung 2002: 22.

^{xii} Vgl. den detaillierten Vorschlag von Friends of the Earth International 2002.

^{xiii} Vgl. WCC 2002: 13.